

Antrag: Irrweg beenden – Agrospritproduktion einstellen

Antragsteller: Kreisverband Heilbronn Land

Empfänger: SPD Landesparteitag

Betreff: Irrweg beenden – Agrospritproduktion einstellen

Antrag: Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen (Land, Bund, Europa) dafür ein, dass möglichst umgehend die Produktion von Treibstoffen aus Pflanzen (Agrotreibstoffe) eingestellt wird. Als erste Maßnahme muss die gesetzlich vorgeschriebene Beimischung von Bioethanol in das Benzin (E 10) ausgesetzt werden, mit dem Ziel, die Pflicht abzuschaffen.
2. Die Mitglieder werden aufgefordert, auf die Verwendung von Biodiesel und E10 zu verzichten.

Begründung:

Die weltweite Verknappung von Lebensmitteln durch Missernten nimmt zu und führt zu Verteuerung, zu sozialen Verwerfungen und letztlich zu Hungersnöten. Dies wird durch die Produktion von Treibstoffen aus Pflanzen noch verschärft. Umweltfreundliche Bioenergie muss in Deutschland vermehrt aus Rest- u. Abfallstoffen in Kraft-Wärmekoppelungsanlagen genutzt werden. Viele Experten, vor allem auch Umwelt- u. Verbraucherorganisationen sehen das Experiment „Agrosprit“ - auch umweltpolitisch - als gescheitert an. Die bisherigen gigantischen „Landnahmen“ und Urwaldrodungen für Biosprit haben den weltweiten Treibstoffbedarf nur zu 2,5 % decken können. Beteiligt an dem unstillbaren Landhunger sind alle Industrieländer, vor allem die Agrar- u. Energiegroßkonzerne bedienen sich in Afrika und Asien großzügig mit zweifelhaften Versprechungen. Diese Flächen stehen nicht mehr für den Anbau von Nahrungsmitteln der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung. In Anbetracht von über einer Milliarde von hungernder Menschen, ist die Politik des weiter so, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zu befürchten sind als Folge des zunehmenden „Landgrabbings“, weitere Regenwaldabholzungen, Palmölmonoplantagen, Klimakatastrophen und Artensterben. Unter den Sammelbegriff „Agrosprit“ fallen z. B. Biodiesel aus Ölpflanzen, Bioethanol (im E 10) aus Getreide oder anderen Energiepflanzen. In der BRD werden derzeit auch schon auf 20 % der landwirtschaftlichen Fläche mit nachwachsenden Rohstoffpflanzen angebaut und stehen in direkter Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Eine Ausweitung dieser Flächen würde ökologisch bedenkliche und klimaschädliche Prozesse in Gang setzen. So sind beispielsweise durch verstärkten Grünlandumbruch enorme Umweltschäden vorprogrammiert: Freisetzung von Unmengen Kohlendioxyd (CO²) und Lachgas (N²O), Nährstoffaustrag, Grundwasserbelastung, vermehrter Kunstdünger- und Pestizideinsatz und weitere Artenverarmung.

Die SPD sollte diesen Irrweg nicht mitgehen.

Weitere Informationen: http://www.naturfreunde-wuerttemberg.de/component/docman/doc_download/250-flyer-agrosprit